

Pressemitteilung

Bundesverband

Nr. 64/2020

Berlin, 27. November 2020

Sozialverband Deutschland
Pressestelle

Veronica Sina

V. i. S. d. P.

Leiterin Redaktion und
Digitale Medien

Stralauer Straße 63

10179 Berlin

Tel. 030 72 62 22-129

pressestelle@sovd.de

NABU und Sozialverband Deutschland fordern sozial- und klimaverträgliche Verkehrspolitik

Krüger und Engelen-Kefer: Doppelte Dividende durch Mobilitätswende:
Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammen denken

Gemeinsam haben heute die Spitzen von Deutschlands mitgliederstärkstem Umweltverband NABU und dem Sozialverband Deutschland mehr Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit in der Verkehrspolitik gefordert. Anlass war die Veröffentlichung einer Studie des Öko Instituts im Auftrag des NABU, die Verteilungseffekte klimaschädlicher Instrumente im Verkehrssektor auswertete. Zentrales Ergebnis der Studie ist die Erkenntnis, dass insbesondere Besserverdienende finanziell von klimaschädlichen Anreizen im Verkehrssektor, wie etwa Pendlerpauschale, Dienstwagenprivileg oder Kaufprämien für Neuwagen profitieren.

NABU-Präsident Jörg-Andreas Krüger: „Klimaschutz im Verkehr geht Hand in Hand mit sozialer Gerechtigkeit. Deshalb können wir mit einer konsequenten Mobilitätswende gleich eine doppelte Dividende einfahren. Heute leisten wir uns eine ganze Reihe von Anreizen und Subventionen im Verkehrssektor, die ein Umsteuern nicht nur aus Klimaschutzgründen, sondern auch sozialpolitisch erforderlich machen. Die gegenwärtige Verkehrs- und Steuerpolitik muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Wer sich klimafreundlich fortbewegt, dessen Mobilität muss auch die kostengünstigste Variante sein. Anders herum muss sichergestellt sein, dass Menschen mit einem klimaschädlichen Mobilitätsverhalten nicht auch noch finanziell profitieren.“

Sozialverband Deutschland e. V.

SoVD-Vizepräsidentin Ursula Engelen-Kefer: „Die Faktenlage wird schlichtweg verkannt, wenn behauptet wird, dass ein umwelt- und klimafreundliches Mobilitätssystem zulasten der Ärmsten ginge. Das Gutachten belegt eindeutig, dass die derzeitigen Fördermaßnahmen eine Umverteilung von unten nach oben bewirken. Heute werden diejenigen belohnt, die täglich weite Strecken mit dem Auto pendeln oder einen Dienstwagen gestellt bekommen. Dies sind in erster Linie Menschen der obersten Einkommensschichten. Wer hingegen ein niedriges Einkommen hat und entsprechend kaum etwas bei der Steuererklärung zurückbekommt, geht derzeit leer aus. Dabei besitzen diese Menschen seltener ein Auto, fahren durchschnittlich weniger Kilometer und nutzen dafür häufiger umweltfreundliche Verkehrsmittel wie Bus, Bahn oder Fahrrad. Insbesondere das Steuerrecht muss dringend so angepasst werden, dass nicht diejenigen mit dem höchsten Einkommen und dem größten CO₂-Fußabdruck am meisten profitieren. Wir brauchen Mobilitätslösungen, die allen zuverlässig, barrierefrei und kostengünstig zur Verfügung stehen.“

Konkret kritisierten die beiden Verbandsvertreter*innen die erst kürzlich verabschiedeten Erhöhung der Pendlerpauschale, die soziale Ungerechtigkeiten in der Verkehrspolitik noch verschärfe und forderten ihre generelle Reform hin zu einem Mobilitätsgeld. Auch die Bezuschussung des privaten Pkw-Besitzes in Form von Kaufprämien wurde stark kritisiert und insbesondere ein sofortiges Ende der Förderung von Plug-in-Hybriden angemahnt. Auch die Dienstwagen- sowie etwaige Tankkartenregelungen seien ein völlig falsches Signal, da sie den motorisierten Individualverkehr förderten und sollten dringend auf ein entfernungsabhängiges System umgestellt werden. Des Weiteren sei Parkraum gerade in dicht besiedelten Städten nach wie vor zu günstig und stelle gerade vor dem Hintergrund rasant steigender Mieten ein erhebliches Missverhältnis dar, dem nur durch aktives Parkraummanagement zu begegnen sei. Einkommensschwächere Haushalte müssen aktiv dabei unterstützt werden, sich klimaschonende Mobilität leisten zu können. Dazu müssen vor allem Investitionen in klimaschonende, barrierefreie Verkehrsinfrastruktur erfolgen, denn von dieser Infrastruktur profitieren alle Menschen. Zudem müssen etwa die für Mobilität zur Verfügung stehenden Grundsicherungsleistungen bedarfsdeckend erhöht werden.

Beide stellen klar, dass als Fundament für breiten Rückhalt ambitionierter Klimaschutzpolitik grundsätzlich soziale Sicherheit sei. Weder dürfe Klimaschutz zum Elitenprojekt werden, noch dürfe umweltbewusstes Leben Luxus sein. Alle Menschen müssen sich ein klima- und umweltfreundliches Leben leisten können.

Für Rückfragen:

- Daniel Rieger, Leiter Verkehrspolitik NABU Bundesverband, Mobil +49 (0)174 1841313, E-Mail: Daniel.Rieger@NABU.de
- Fabian Müller-Zetzsche, Abteilungsleiter Sozialpolitik SoVD, Mobil +49 (0)173 5830074, E-Mail: fabian.mueller-zetzsche@sovd.de

Ihre Ansprechpartner:

NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V.

Pressestelle

Julian Bethke | Britta Hennigs |
Katrin Jetzlsperger | Silvia Teich

Charitéstraße 3, 10117 Berlin
Tel. +49 (0)30 28 49 84-1538 |
- 1722 | -1534 | -1588
Fax: +49 (0)30 28 49 84-2000
presse@NABU.de

www.nabu.de

SoVD Sozialverband Deutschland

Veronica Sina (V. i. S. d. P.)
Leiterin Redaktion
und Digitale Medien

Stralauer Straße 63, 10179 Berlin
Tel. +49 (0)30 72 62 22-129
Fax +49 (0)30 72 62 22-328
Pressestelle@sovd.de

www.sovd.de

www.sovd-tv.de